

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der AfD

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/6825 -
Heimat für Fachkräfte - Maßnahmen gegen Fachkräfte-
mangel ergreifen, Thüringens Zukunft sichern

Fach- und Arbeitskräftesicherung - Mobilisierung der ei-
genen Ressourcen statt Masseneinwanderung

- I. Der Landtag stellt fest, dass
1. der Mangel an Fach- und Arbeitskräften im Freistaat Thüringen die Wirtschaft heute schon enorm belastet und in den kommenden Jahren existenzgefährdende Ausmaße zu erreichen droht, so dass ein unverzügliches und beherztes Handeln der Politik längst überfällig und nun dringend geboten ist;
 2. die Hauptursachen des Fach- und Arbeitskräftemangels im demografischen Niedergang und in der jahrzehntelang vernachlässigten Familien- und Bevölkerungspolitik der Regierungen im Bund und im Freistaat Thüringen sowie in deren verfehlter Bildungspolitik zu suchen sind;
 3. weitere Ursachen des Fach- und Arbeitskräftemangels bestehen, nämlich
 - a) im Irrtum, dass eine moderne Gesellschaft sich über einen besonders hohen Grad an Akademisierung auszeichnen würde und immer mehr junge Menschen studieren müssten;
 - b) in der systematischen Zerstörung des schulischen Bildungssystems und der Vernachlässigung der Vermittlung klassischer Tugenden wie Arbeitsmoral und Leistungsbereitschaft sowie praktischer Fähigkeiten und Fertigkeiten;
 - c) im Versagen der Regierungen in Bund und Ländern, Sozialstaat und Arbeitsmarktpolitik auf die Aktivierung vorhandener Potentiale und die Belohnung von Leistung auszurichten;
 - d) in der Verschleppung von sinnvollen Investitionen in Automatisierung und Digitalisierung;
 - e) in der Gängelung der Unternehmen und der unteren Verwaltungsebenen durch überbordende Bürokratie, was eine große Zahl von Verwaltungspersonal auf beiden Seiten bindet;
 - f) in der Verschlechterung der Attraktivität des heimischen Standorts für deutsche Fachkräfte und der damit verbundenen Abwanderung derselben, besonders wegen zu hoher Steuerlast,

geringer werdender Qualität öffentlicher Güter und Dienstleistungen sowie abnehmender öffentlicher Ordnung;

- g) in der steigenden Konkurrenz des Staates mit der freien Wirtschaft um Fach- und Arbeitskräfte durch das Anwachsen des ministeriellen Wasserkopfes und der ideologisch motivierten Schaffung immer neuer, steuergeldfinanzierter Stellen im Sozial- und Migrationsbereich sowie
 - h) in der ausufernden künstlichen Nachfragestimulation durch die Niedrigzinspolitik und Geldmengenausweitung der Europäischen Zentralbank, verbunden mit gigantischen Staatsausgaben;
- 4. der Fach- und Arbeitskräftemangel bereits seit Jahrzehnten absehbar war und es ein Versagen der Politik im Bund und im Freistaat Thüringen darstellt, trotz zahlreicher Warnungen die Ursachenbekämpfung, vor allem die des demografischen Niedergangs, bisher nicht ernsthaft angegangen zu sein;
 - 5. Masseneinwanderung unter dem Deckmantel der Flucht in den vergangenen Jahren, besonders seit der Migrationskrise 2015, vonseiten der Politik zu Unrecht als Lösung des Fach- und Arbeitskräftemangels verkauft wurde und dies eine Täuschung der Bürger darstellt;
 - 6. die Masseneinwanderung der vergangenen Jahre bereits zu starken sozialen und ökonomischen Verwerfungen geführt hat und sich in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung negativ auswirkt;
 - 7. eine verstärkte Einwanderung, auch zur vermeintlichen Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangels, nicht nur ungeeignet ist, sondern durch die damit einhergehende Bindung weiterer Arbeitskräfte im Bereich der Betreuung und Verwaltung von Migration den Arbeitsmarkt sogar zusätzlich belastet;
 - 8. kurz- und mittelfristig in der Mobilisierung von noch nicht ausgebildeten Thüringer Jugendlichen einerseits und angehenden Akademikern andererseits wichtiges Potential zur Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangels steckt;
 - 9. langfristig der Fach- und Arbeitskräftemangel nur mithilfe massiver Investitionen in das schulische und berufsschulische Bildungssystem sowie in die demografische Revitalisierung des deutschen Volks wirksam bekämpft werden kann;
 - 10. der tatsächliche Bedarf an Fach- und Arbeitskräften sich nicht immer mit den errechneten Bedarfen aus den Reihen der Wirtschaftslobby deckt und es sich vielmals um statistische Trickrechnungen handelt, wodurch der Ruf nach Einwanderung billiger Arbeitskräfte aus dem Ausland zu Unrecht begründet wird;
 - 11. der Staat zwar die Aufgabe hat, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, jedoch die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften in erster Linie bei den Unternehmen liegt und diese auch bereit sein müssen, die Ausbildungskapazitäten, Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau der Arbeitsmarktsituation anzupassen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. zur Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangels zunächst auf die intelligente Mobilisierung der eigenen Ressourcen hinzuwirken und Einwanderung nur in Ausnahmefällen, wenn es sich um hochqualifiziertes Personal handelt, als geeignetes Mittel zu betrachten;
- 2. die Familien- und Bevölkerungspolitik mit dem Ziel der Steigerung der Geburten ganz nach vorn zu stellen, eine Willkommenskultur für Kinder zu etablieren und die Gründung einer Familie für jun-

- ge Thüringer attraktiv zu gestalten, anstatt Elternschaft de facto zu benachteiligen, wie es heute der Fall ist;
3. dem Akademisierungswahn entgegenzutreten und dafür
 - a) die Hochschulzulassungsanforderungen für rein akademische Studiengänge anzuheben, das Niveau des Abiturs zu erhöhen und ökonomisch nutzlose wie ideologisch motivierte Studiengänge, wie beispielsweise Gender-Studies, abzuschaffen;
 - b) dort, wo es die spätere berufliche Tätigkeit einer (Mit-)Qualifizierung an der Hochschule bedarf, auf eine Stärkung der dualen Ausbildung beziehungsweise des dualen Studiums beziehungsweise auf eine Steigerung des Praxisanteils hinzuwirken;
 - c) eine Prämie für Studenten, die in einem Studiengang ohne wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bedarf, also einem solchen, dessen Abschluss oft in ein prekäres oder fachfremdes Beschäftigungsverhältnis mündet, eingeschrieben sind, auszuloben, wenn sie ihr Studium zugunsten einer Ausbildung in einem Mangelberuf aufgeben;
 4. die Attraktivität und das Image von Ausbildungsberufen gegenüber einer akademischen Karriere zu stärken und dazu
 - a) gleichgerichtete Bestrebungen wie beispielsweise die Imagekampagnen der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern stärker zu unterstützen sowie eigene Werbekampagnen für nichtakademische Berufe durchzuführen;
 - b) eine Prämie für die Aufnahme und den Abschluss einer Ausbildung in einem Mangelberuf auszuloben;
 - c) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Lohnsteuer auf Ausbildungsgehälter entfällt;
 - d) die Möglichkeiten der Anrechnung und Berücksichtigung vorher erbrachter schulischer oder beruflicher Leistungen im Rahmen einer (Zweit-)Ausbildung oder Weiterbildung auszubauen;
 - e) die kostenfreie Meisterausbildung in Handwerks- und Industrieberufen sowie für sonstige Höhere Ausbildungen der Niveaus 6 und 7 des Deutschen Qualitätsrahmens (DQR) durchzusetzen und dafür entsprechende Landesmittel einzuplanen;
 5. die schulische und berufsschulische Bildung zu verbessern sowie besser auf die Anforderungen des Berufslebens auszurichten und dafür
 - a) den Anteil an praktischen Unterrichtsinhalten (beispielsweise Holzbearbeitung, Metallbearbeitung, Elektrotechnik und Haushaltslehre) zu steigern sowie eine umfassende Berufsorientierung inklusive unterschiedlicher Praktika, vorrangig in Thüringer Unternehmen, in den Schulen zu etablieren;
 - b) eine Rückkehr zur hohen Gewichtung der Kopfnoten (Betragen, Fleiß, Mitarbeit und so weiter) vorzunehmen;
 - c) sich dafür stark zu machen, dass das Ansehen und die Position von Lehrkräften als positive Autoritätspersonen in Schulen wieder zunehmen, wobei Lehrer vor allem Rückendeckung für ihre pädagogischen Maßnahmen vonseiten der Politik und der Behörden benötigen;
 - d) zur Unterstützung der Lehrer das Pilotprojekt der Bereitstellung von Schulverwaltungsassistenten, die Lehrer in der Aufgabenwahrnehmung bei Verwaltungs- und Bürokratieangelegenheiten unterstützen, entschieden weiterzuverfolgen und zu verstetigen;
 - e) kurzfristig dem Lehrermangel dadurch verstärkt entgegenzutreten, dass Bewerbungsverfahren für Lehrer beschleunigt werden und Weiterbildungsstudiengänge für Quer- und Seiteneinsteiger mit Praxisanteil eingeführt werden;

- f) Handwerks- und Industriemeistern durch ein passendes Aufbaustudium die Befähigung zum Berufsschullehrer zu gewähren;
 - g) die Voraussetzungen und Anreize zu schaffen, dass Rentner freiwillig ihre Erfahrungen und ihr Berufswissen im Rahmen einer Lehrtätigkeit an die jüngere Generation weitergeben;
 - h) den Deutsch- und Mathematikunterricht zum Zwecke der Ausbildungsbefähigung besonders zu stärken, zu diesem Zweck eine Sonderkampagne "Deutsch und Mathe lernen" durchzuführen sowie Vorschaltklassen für Schüler mit Sprach- und/oder Mathedefiziten einzuführen;
 - i) an den Schulen das Leistungsprinzip wieder stärker zu vermitteln und dafür das altbewährte mehrgliedrige, durchlässige Schulsystem zu stärken;
 - j) die verpflichtende sportliche Betätigung an den Schulen auszubauen und eine gesunde Lebensweise im Unterricht besser zu vermitteln, um die allgemeine Leistungsfähigkeit der Kinder frühzeitig und nachhaltig zu verbessern;
6. den Abbau von Bürokratie endlich gewissenhaft voranzutreiben, um einerseits zu erreichen, dass gebundene Arbeitskräfte sowohl in der Verwaltung als auch in den Unternehmen freigesetzt und andererseits wichtige Investitionen in Automatisierung und Digitalisierung vereinfacht werden;
7. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Renteneintrittsalter flexibilisiert wird und gleichzeitig Anreize geschaffen werden, freiwillig im Alter weiterhin zu arbeiten, zum Beispiel durch die Senkung der Steuern auf Einkommen aus Erwerbsarbeit im Rentenalter;
8. die Ursachen für die Fachkräfteabwanderung zu bekämpfen und sich zu diesem Zweck als erstes dafür einzusetzen, dass die Steuerlast gesenkt wird;
9. ein Fachkräfterückholungsprogramm aufzulegen, um die Rückkehr bereits ins Ausland abgewanderter, deutscher Fachkräfte nach Thüringen zu forcieren, wobei beispielsweise die Vergabe von kostengünstigem Bauland ein Anreiz sein soll;
10. die Praxis des ständigen Personalaufwuchses in den Ministerien, politischen Gremien und Institutionen und den obersten Verwaltungsbehörden sowie im steuergeldfinanzierten, ideologischen Sozial- und Migrationsbereich zu beenden, sodass diese Arbeitskräfte der freien Wirtschaft zur Verfügung stehen oder in den unteren, bürgernahen Verwaltungsebenen eingesetzt werden können, wo ebenfalls ein Mangel an Personal herrscht;
11. Konzepte zur Dekommerzialisierung sozialer Aufgaben und ihre Rückführung in den familiären Bereich hinsichtlich ihrer Potentiale für die Entlastung des Arbeitsmarktes zu prüfen und dabei insbesondere Maßnahmen zu diskutieren, wie es attraktiver gestaltet werden kann, dass die Kindesbetreuung in einer Familie wieder stärker unter Beteiligung der Großeltern und die Pflege der Großeltern im Alter stärker durch die Angehörigen erfolgt;
12. sich dafür einzusetzen, dass das Bürgergeld, welches dazu beiträgt, Arbeit unattraktiv zu machen, abgeschafft wird und stattdessen durch ein aktivierendes Grundeinkommen ersetzt wird, was dem Motto "Arbeit muss sich lohnen" gerecht wird;
13. sich dafür einzusetzen, dass der Sozialstaat dem Prinzip der gegenseitigen Solidarität gerecht wird und in diesem Zuge für Sozialleistungsempfänger wie beispielsweise Langzeitarbeitslose eine grundsätzliche Pflicht zur Weiterbildung an der Volkshochschule oder eine Arbeitspflicht im kommunalen und gemeinnützigen Bereich eingeführt wird;

14. sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Überhitzung der Konjunktur durch die expansive Geldpolitik gestoppt wird, sodass sich auch die künstlich erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften abschwächt.

Begründung

Der Fach- und Arbeitskräftemangel wird mittlerweile sektorübergreifend als die größte Herausforderung für Unternehmen gesehen. Nachdem jahrzehntelang die demografische Katastrophe absehbar war und die Politik untätig blieb, ist nun zügiges Handeln geboten. Klar ist, dass die Bevölkerungspolitik und die Familienpolitik kurzfristig nicht dazu geeignet sind, um den nunmehr akut gewordenen Fach- und Arbeitskräftemangel wirksam zu bekämpfen. Nichtsdestoweniger muss die demografische Nachhaltigkeit oberstes Ziel sein, nicht nur, aber auch, um dem Fach- und Arbeitskräftemangel langfristig angemessen zu begegnen.

Zur kurz- und mittelfristigen Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangels bedarf es der Mobilisierung der eigenen Ressourcen, wobei die einzelnen Maßnahmen auf die Potentialausschöpfung bei der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots (Ungelernte qualifizieren, Studenten schneller in den Arbeitsmarkt überführen, deutsche Fachkräfte aus dem Ausland zurückholen, Arbeitskräfte aus der Verwaltung freisetzen) sowie bei der Stärkung des Bildungssystems liegen müssen.

Gleichzeitig ist zu beachten, dass nicht jede Hiobsbotschaft aus den Reihen der Wirtschaftslobby für bare Münze genommen werden kann. Durch statistische Schwarzmalerei wird hier oftmals versucht, den akuten Mangel an Fachkräften herbeizurechnen, um die Politik zu veranlassen, im Interesse der Konzerne billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu importieren. Einwanderung wird häufig dazu genutzt, miserable Arbeits- und Vertragsverhältnisse aufrechtzuerhalten, anstatt diese Bedingungen zu verbessern, damit gar kein Fachkräftemangel erst aufkommt. Darauf darf die Politik nicht hereinfallen. Stattdessen muss klargemacht werden, dass die Verantwortung für die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften in erster Linie bei den Unternehmen liegt und diese auch bereit sein müssen, die Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau der Arbeitsmarktsituation anzupassen.

Migration als Mittel zur Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangels ist gescheitert. Zwischen 2014 und 2020 sind circa 3,56 Millionen Menschen zusätzlich nach Deutschland eingewandert, ohne dass diese in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Vielmehr belastet die hohe Zahl an Einwanderern den Sozialstaat und verschärft die Situation knapper Ressourcen an Geld und Personal im Sozial- und Gesundheitswesen wie in den unteren Verwaltungsbehörden. Einwanderung darf, auch in Hinblick auf die negativen Folgen für den sozialen Zusammenhalt und die Sicherheit im Land, keine Option zur Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangels sein. In den letzten Jahren befanden wir uns aufgrund der lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und der aufgeblähten Staatshaushalte in einer Phase relativ guter Konjunktur, was die Nachfrage nach Arbeitskräften künstlich stimuliert hat. Diese kann aber schnell wieder in eine Phase des Abschwungs gleiten, wobei es nach vorheriger Einwanderung umso heftiger zu Massenarbeitslosigkeit kommen kann, was gefährlichen sozialen Sprengstoff birgt.

Hinzu kommt, dass Deutschland und Thüringen nicht das Potential aufweisen, um zu einem Fachkräfteeinwanderungsland wie die USA oder Kanada zu werden. Nicht nur, dass unser Kulturraum bereits weitge-

hend erschlossen und verdichtet ist und schlichtweg der Wohnraum für dauerhafte Einwanderung nicht ausreicht. Auch die Sprachbarriere ist hinderlich. Des Weiteren machen eine zu hohe Steuer- und Abgabenlast den heimischen Standort für hochqualifizierte Fachkräfte unattraktiv, weshalb deutsche Fachkräfte seit Jahren massenhaft auswandern. Für die deutschen Fachkräfte gilt es deshalb, die hiesigen Bedingungen zu verbessern.

Deutschland kann als eines der im Verhältnis zur Fläche bevölkerungsreichsten Länder Europas seinen Bedarf an Fach- und Arbeitskräften aus eigener Kraft decken. Dazu müssen die eigenen Ressourcen jedoch endlich effizient und intelligent genutzt werden.

Für die Fraktion:

Braga